

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 8

Artikel: Die Vereinigten Staaten und der Konflikt im fernen Osten
Autor: Spiegel, Hans Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158359>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

des Raubtiers über den Menschen auf. „Es heißt, den Menschen verkennen, ihm nur Menschliches vorzuschlagen“. Zu dieser alten Einsicht des Aristoteles führt die russische Tragödie auf blutigem Umweg zurück.

So merkwürdig es klingt: Die russische Gottlosigkeit — das Kernstück der bolschewistischen Revolution — ist das Ultimatum Gottes an Europa. Darin wird man ihren tiefen, ihren welthistorischen Sinn zu suchen haben. Er hat nichts zu tun mit den laut verkündeten Absichten derer, die das Schicksal der Völker zu lenken glauben, während durch sie ein ewiger Wille seine eigenen Ziele verfolgt.

Die Vereinigten Staaten und der Konflikt im fernen Osten.

Von Hans Wilhelm Spiegel.

I.

Die Bilanz der amerikanischen Interessen in China, soweit sie geldwerte Güter betreffen, ist zuletzt im Jahre 1933 in einer umfassenden Untersuchung des amerikanischen Professors Kemmer gezogen worden. Obwohl in der Zwischenzeit manche Veränderungen eingetreten sein mögen, so sind die von Kemmer gegebenen Zahlen noch immer die verlässlichsten, solange nicht eine neue Untersuchung neues Material zutage fördert. Ein Beweis hierfür ist auch der Umstand, daß in den Darstellungen der Presse zum fernöstlichen Konflikt das Kemmer'sche Zahlenmaterial weitgehende Verwendung gefunden hat. Nach diesem Schriftsteller beläuft sich der Geldwert der gesamten Anlagen von Angehörigen der Vereinigten Staaten in China auf einen Betrag, der etwas größer ist als 200 Millionen Dollar. Hiervon ist etwa die Hälfte in Schanghai festgelegt. Wenn man diese Summe als Prozentsatz der gesamten ausländischen Anlagen in China ausdrückt, so kommt man nur auf etwa 6 %, während die englischen und japanischen Interessen in China sich auf je 30 % und mehr belaufen. Dieses Verhältnis wird noch schärfer beleuchtet, wenn man die Anlagen als Prozentsätze der gesamten Auslandsanlagen der drei „Gläubigerländer“ darstellt. Dann wird ersichtlich, daß Japan 90 % seiner Auslandsanlagen in China auszustehen hat, England nur 6 % und die Vereinigten Staaten gar nur 1 %.

Führt man sich dieses Zahlenverhältnis in seiner Bedeutung vor Augen, so kann kaum zweifelhaft sein, daß eine Gefährdung der amerikanischen Anlagen in China, so wie sie sich zur Zeit darstellen, nicht einmal eine Dollardiplomatie alten Stiles in größere Bestürzung zu setzen vermöchte. Wie mit den Anlagen, so verhält es sich auch mit dem Handelsverkehr. Die Vereinigten Staaten stehen zwar unter den Kunden

wie den Lieferanten Japans und Chinas an erster Stelle, aber die Stellung Chinas und Japans als Kunden und Lieferanten der Vereinigten Staaten ist nicht so bedeutsam wie etwa die Kanadas oder Englands.

Was die Anlagen anbelangt, so haben die Ereignisse in China fürs erste einen kräftigen Kurssturz derjenigen Werte herbeigeführt, die von den Elektrizitäts-, Flugzeug- und anderen Gesellschaften ausgegeben sind, die in China arbeiten. Das mag für die Besitzer der betreffenden Werttitel bedauerlich sein; außerhalb dieses verhältnismäßig engen Kreises vermag dieses Ereignis jedoch keine größere Unruhe herbeizuführen. Ähnlich verhält es sich bezüglich der Güter, die man bisher vom Fernen Osten zu erhalten gewohnt ist. Daß die Preise für einige chinesische Erzeugnisse, wie Borsten und Färbemittel, angezogen haben und daß man für Tee und Rohseide das gleiche erwartet, ist kein Umstand, der den Amerikaner in Erregung versetzen könnte. Etwas anderes wird es bereits, wenn man an die Ausfuhr amerikanischer Güter denkt. Tatsächlich soll der einzige Freund Japans in der amerikanischen Regierung der Landwirtschaftsminister sein, der mit Sorge der großen diesjährigen Baumwollernte und dem möglichen Ausfall der japanischen Kundschaft entgegen sieht!

Einen Schritt weiter auf der Stufenleiter der amerikanischen Anteilnahme an den Ereignissen im Fernen Osten geht man, wenn man die amerikanischen Missionen in China berücksichtigt. Von den 8000 amerikanischen Staatsangehörigen, die sich in China aufhalten, sind mehr als die Hälfte Missionare. Die Anlagen der amerikanischen Missionen, Schulen und humanitären Unternehmungen in China betragen mit 50 Millionen Dollar etwa ein Viertel der amerikanischen Anlagen in diesem Lande. Die Vereinigten Staaten bringen in China ein Missionswerk zur Durchführung, wie es bisher einzigartig dasteht. In unzähligen Städten und Städtchen des amerikanischen Ostens und mittleren Westens befindet sich eine oder mehrere Mutterkirchen, von denen aus eine Mission in China betrieben wird. So kommt es, daß selbst in der tiefsten amerikanischen Provinz die Bevölkerung in der Regel über die Verhältnisse in China gut unterrichtet ist, die Entwicklung mit Anteilnahme verfolgt und für sie ein menschliches Interesse aufbringt, wie es nur durch eine direkte persönliche Beziehung hergestellt werden kann. Eine solche unmittelbare persönliche Beziehung ist auch durch die vielen jungen Chinesen hergestellt worden, die in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr dazu übergegangen sind, amerikanische Universitäten und Ausbildungsstätten zum Ort ihrer Studien zu machen. Da die jungen Japaner das gleiche getan haben, sind viele gebildete Amerikaner sehr wohl in der Lage, sich über die vielfach behauptete Inferiorität der Chinesen gegenüber den Japanern ein eigenes Urteil zu bilden.

Aber auch diese persönliche Beziehung wäre allein nicht in der Lage, die amerikanische Öffentlichkeit so aufzurütteln, wie es tatsächlich die Ereignisse im Fernen Osten getan haben. Der frühere Staatssekretär Stimson

hat einmal gesagt, daß die europäischen Mächte in China nur die Rolle eines „absentee owner“ spielen, eines Hausherrn oder Vermögensbesizers, der fernab von dem Vermögensstück lebt. Amerika fühlt sich dagegen als Nachbar Chinas. Der Stille Ozean wird heute eher als Verbindung denn als Trennung empfunden. Man verweist auf die furchtbare Gefahr, die darin bestehe, daß ein Vierhundertmillionenvolk auf die Bahn des Militarismus gedrängt werde, — ein Gespenst, das nicht nur die östliche Hemisphäre zu erschrecken braucht.

Den Küsten von Süd- und Indochina vorgelagert ist die Inselgruppe der Philippinen, der letzte Vorposten der Vereinigten Staaten im Pazifik, den sie nach dem spanisch-amerikanischen Kriege aus der Erbschaft des spanischen Weltreiches mit dem Übermute der jungen zum Imperialismus erwachten Weltmacht übernahmen. Je mehr dieser Imperialismus von einer isolationistischen und selbstgenügsamen Haltung abgelöst wurde, desto mehr wuchs in Amerika die Neigung, sich von dem gefährlichen Erbstück, das zur Teilnahme an fernen Verwicklungen geradezu einladet, wieder zu trennen, und während des Mandschureikonfliktes hat der Kongreß mit überwältigender Mehrheit beschlossen, den 14 Millionen Philippinos, deren Inseln 300 000 qkm groß sind, im Jahre 1946 vollkommene Freiheit von der amerikanischen Vormundschaft zu gewähren.

II.

Wie hat sich diesen tatsächlichen Gegebenheiten gegenüber die amerikanische Außenpolitik in den Fragen des Fernen Ostens verhalten? Will man das Problem auf eine vereinfachende Formel bringen, so kann man sagen, daß die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu den europäischen Kolonialmächten sich für die Politik der sogenannten „offenen Tür in China“ einsetzten und eine Politik der Aufteilung des Landes in sogenannte Interessensphären bekämpften. Als der Boxeraufstand den Mächten vor Augen geführt hatte, wohin die Politik der Interessensphären führe, setzte sich das amerikanische Prinzip mehr und mehr durch. Es beruht auf den miteinander in Verbindung stehenden Gedanken, daß an der Souveränität Chinas und an seinem territorialen Bestande nicht gerüttelt werden dürfe und daß die Aufschließung des Landes und der wirtschaftliche Verkehr mit ihm allen Staaten in der gleichen Weise in allen Teilen des Landes offen stehen. Die amerikanische Regierung hat es stets abgelehnt, organisatorische Unzulänglichkeiten in der chinesischen Verwaltung zu übertreiben. Die „offene Tür“ sollte es den Vereinigten Staaten ermöglichen, die gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Aufschließung Chinas zu bieten hat, auszunützen, ohne sich mit der Verantwortung für einen bestimmten Teil des Landes und dem dazu erforderlichen militärischen und politischen Einsatz zu belasten, wie es die europäischen Kolonialmächte gern getan hätten, denen die Übernahme dieser Verantwortung leichter gefallen wäre. Zu gleicher Zeit haben sich die Ver-

einigten Staaten es stets angelegen sein lassen, Verletzungen des chinesischen Nationalstolzes zu vermeiden und in der Bevölkerung kein Gefühl der Feindschaft gegenüber dem Amerikaner aufkommen zu lassen. So haben sie zum Beispiel alsbald nach dem Boxeraufstand einen großen Teil der von der chinesischen Regierung gezahlten Entschädigung zurückerstattet, damit er in China zum Zwecke der Volkserziehung Verwendung finde.

Nachdem es bereits vorher mehr oder minder unangefochten in Geltung gestanden hatte, fand das Prinzip der „offenen Tür“ seine schriftliche Anerkennung in dem *Neun-Mächte-Abkommen* von 1921, in dem sich die Hauptmächte auf seine Grundsätze festlegten. Im unmittelbaren Zusammenhang hiermit haben sich die Vereinigten Staaten in anderen auf der Washingtoner Konferenz geschlossenen Verträgen ihres damaligen Vorsprunges im Flottenbau begeben und sich verpflichtet, die Befestigungen auf ihren Besitzungen im Pazifik in dem Zustande zu belassen, in dem sie sich damals befanden.

Der *Mandschukonflikt* stellte das Prinzip der „offenen Tür“ auf eine schwerwiegende Probe, die es nicht bestanden hat. Amerika sah sich damals von England, dessen unmittelbare Interessen erst mit der japanischen Offensive gegen Schanghai und das Jangtse-Tal bedroht wurden, verlassen. In einem fast tragisch anmutenden Buche hat der damalige Staatssekretär Stimson im Vorjahre über seine Erfahrungen während des Konfliktes berichtet. Es war nicht nur das Prinzip der „offenen Tür“, das in den schicksalschweren Jahren 1931 und 1932 aufgegeben wurde. Sowohl der Kelloggpakt wie der Völkerbund haben damals ihren ersten ernstlichen Anwendungsfall nicht bestanden. Die amerikanische Flotte, die zu lange vorher geplanten Manövern ausgerückt war, lag vor Hawaii. Eine gemeinsame Demonstration der englischen und der amerikanischen Flotte, zu denen sich wahrscheinlich die französische gesellt hätte, würde, so nimmt man hier heute noch an, wahrscheinlich das Prinzip der „offenen Tür“, das der Heiligkeit der Verträge und damit das Kriegsverhütungsrecht des Völkerbundes und des Kelloggpaktes gerettet haben. Aber selbst ein weniger energisches Vorgehen scheiterte damals am Widerstand Englands, das sich des früheren Bündnisses mit Japan erinnerte, seine Interessen zunächst nicht unmittelbar bedroht sah und sich an amerikanischen Schritten, die ihm zu weitgehend erschienen, nicht beteiligte.

III.

Cordell Hull, der jetzige Außensekretär, war ein aufmerksamer Beobachter der Politik Stimsons, und auch wenn die Presse nicht täglich an den „englischen Verrat“ erinnerte, würde er der Erfahrungen seines Vorgängers eingedenk sein. Heute, wo ein Teil der englischen Aufmerksamkeit auf das Mittelmeer konzentriert ist, werden die Vereinigten Staaten sich auch nicht zu einem einzigen Schritt ohne die Teilnahme anderer Mächte entschließen. Die amerikanische Politik ist auf ein zögerndes Abwarten ein-

gestellt. Vage Versicherungen, daß die amerikanischen Interessen in China geschützt werden sollen, wechseln mit ebenso vagen Aufforderungen an amerikanische Staatsangehörige, China zu verlassen. Dies obwohl die Regierung mit ihrer Ermunterung des Wirtschaftsverkehrs mit China eine Verantwortung übernommen hat, an die sie heute die beteiligten Geschäftskreise ständig mahnen. Als Antwort auf englische Einschränkungen des Betätigungsfeldes der Amerikaner in englischen Gesellschaften haben die Vereinigten Staaten in den Nachkriegsjahren eine Reihe von Maßnahmen erlassen, die die Bildung von Gesellschaften, die das Chinageschäft pflegen, erleichtern. Sie haben sich ferner an dem „New Consortium“, der Finanzorganisation zur Aufschließung Chinas, beteiligt.

Entschädigungsforderungen wegen der Verletzung der körperlichen Integrität und des Eigentums ihrer Staatsangehörigen haben die Vereinigten Staaten bisher nicht gestellt; sie haben sich jedoch China wie Japan gegenüber ausdrücklich die Geltendmachung ihrer Ansprüche vorbehalten. Es ist im internationalen Verkehr auch durchaus üblich, daß derartige Ansprüche erst nach Wiederherstellung des Normalzustandes erhoben werden. Sonstige ins Auge fallende Handlungen haben die Vereinigten Staaten nicht unternommen, wenn man von der Verstärkung der in China befindlichen amerikanischen Truppen und von der Bereitstellung von Geldmitteln für Flüchtlinge absieht. Erwähnenswert ist auch, daß die Urlaubsbescheide für die auf den Philippinen befindlichen Mannschaften und Offiziere zurückgezogen wurden, eine Maßnahme, die etwa 10 000 Mann betrifft. Als Grund hierfür wurde angegeben, daß der Urlaub gewöhnlich in China verbracht werde, was jetzt nicht angebracht sei.

Seit den ersten Tagen des Konfliktes stand das Washingtoner Außensekretariat mit dem Foreign Office in engster Verbindung. Der englische Botschafter in Washington wie der amerikanische in London hatten auf kurzen Heimataufenthalten Gelegenheit, die unmittelbare Verbindung mit ihren Chefs aufzunehmen. Inwieweit eine Zusammenarbeit erfolgt oder erfolgen wird, steht dahin. Es mehren sich jedoch die Stimmen, die von nicht unerheblichen Unterschieden in der Stellungnahme der beiden Länder berichten. Eden, so heißt es, zeige gegenüber der amerikanischen Haltung ein größeres Verständnis als ein Teil der ständigen Beamten des Foreign Office, die von den Vereinigten Staaten eine Arbeitsteilung in dem Sinne erwarten, daß diese die Sorge für die Aufrechterhaltung der Ruhe im Pazifik übernehmen.

Eine Politik der Interessensphären begegnet in den Vereinigten Staaten nach wie vor entschiedener Ablehnung, die sich bereits in der mißtrauischen Haltung gegenüber dem auf Errichtung neutraler Zonen gerichteten Vorschlag Englands zeigte. Die Presse warnt vor jeder Politik, die die Vereinigten Staaten in ferne Verwicklungen hineinziehen könne. Sie warnt auch vor England, ohne jedoch ein Zusammenwirken der beiden Mächte von vornherein zu diskreditieren.

IV.

Der Zufall hat es mit sich gebracht, daß der Konflikt im Fernen Osten die Feuerprobe für das im April dieses Jahres erlassene neue Neutralitätsgesetz der Vereinigten Staaten darstellt. Im Gegensatz zu seiner Haltung im abessinisch-italienischen Konflikt, wo das Neutralitätsgesetz innerhalb von 48 Stunden nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten zur Anwendung gebracht wurde, hat der Präsident bisher von den Vorschriften des Gesetzes noch keinen Gebrauch gemacht. Maßgebend hierfür war einmal die Tatsache, daß Japan und China sich nicht als im Kriege miteinander befindlich betrachten und die diplomatischen Beziehungen nicht unterbrochen haben. Sodann erwog man, daß das Embargo des Neutralitätsgesetzes in seinen verschiedenen Anwendungsformen China im Vergleich zu Japan erheblich benachteiligen würde, da China in weit höherem Maße auf fremde Hilfsmittel angewiesen sei, als dies bei Japan der Fall ist. Schließlich gab man auch dem Gedanken Ausdruck, daß die Anwendung des Neutralitätsgesetzes die Lage der in China befindlichen Amerikaner erschweren würde.

Das weitere Verhalten der amerikanischen Regierung in der Frage der Anwendung des Neutralitätsgesetzes wird im wesentlichen von zwei Umständen abhängen. Einmal wird man abwarten, ob die sogenannte Friedensblockade, die Japan über die chinesische Küste verhängt hat, auch eine wirkliche Friedensblockade ist. Als solche hat sie die Bedeutung einer Repressalie, die nur für das Verhältnis zwischen Japan und China von Bedeutung ist, ohne der blockierenden Macht das Recht zu gewähren, den Handelsverkehr mit dritten Mächten zu stören. Sobald Japan den Anspruch erhebt, Schiffe dritter Mächte auf Konterbande zu durchsuchen — und sie nicht nur anzuhalten, um zu prüfen, ob sie ihre Flagge zu Recht führen, wie dies bereits geschehen ist —, sobald Japan diesen Anspruch erhebt, macht es damit implizite das Vorliegen einer Kriegsblockade geltend. Die amerikanische Antwort hierauf wäre wahrscheinlich die Anwendung des Neutralitätsgesetzes. Hierzu dürfte es auch dann kommen, wenn die anderen Mächte sich zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen sollten, in dessen Rahmen das Neutralitätsgesetz mit seinem Waffen-, Finanz- und möglicherweise auch Rohstoffembargo paßten würde.

Wenn der Präsident auch von einem förmlichen Inkraftsetzen des Neutralitätsgesetzes abgesehen hat, so haben doch seine Kundgebungen dazu geführt, daß ein tatsächliches Waffenembargo besteht. Er hat nämlich Waffenlieferungen nach dem Fernen Osten auf Schiffen, die im Eigentum der Vereinigten Staaten stehen, untersagt, und er hat angekündigt, daß Waffenlieferungen auf sonstigen Schiffen auf das Risiko der Verfrachter erfolgen. Dieser Schritt, der von chinesischer Seite mehr beklagt wird als von japanischer, bedeutet einmal ein Entgegenkommen gegenüber denjenigen amerikanischen Kreisen, die den Präsidenten wegen seiner Zurückhaltung in der Frage der Anwendung des Neutralitätsgesetzes tadeln. Zum andern ver-

folgt der Schritt den Zweck, Japan das Gesetz des Handelns aus der Hand zu nehmen: Wenn die amerikanischen Schiffe keine Waffen mehr nach China transportieren, so ist ihre Behinderung von Seiten Japans weniger zu befürchten — eine Behinderung, die nur auf Grund einer Kriegsblockade erfolgen dürfte, die dann wohl oder übel zur Anwendung des Neutralitätsgesetzes seinem ganzen Inhalt nach zu führen hätte. Solange das Neutralitätsgesetz nicht zur Anwendung gebracht ist, können auch die in den Vereinigten Staaten ansässigen Chinesen ungehindert Sammlungen zugunsten Chinas betreiben und erhebliche Beträge nach China überweisen. Es mehren sich aber die Stimmen, die eine Ergänzung des Neutralitätsgesetzes empfehlen, die allerdings nicht vor dem Wiederzusammentritt des Kongresses zur Sprache kommen kann. Nach heutigem Rechtszustande ist der Präsident gehalten, das Neutralitätsgesetz zur Anwendung zu bringen, wenn er einen Kriegszustand für gegeben erachtet. Diejenigen Kreise, die den Präsidenten tadeln, weil er einen Kriegszustand nicht als vorhanden erklärt, schlagen nun vor, die Anwendung des Neutralitätsgesetzes von gänzlich objektiven Voraussetzungen abhängig zu machen und dem Präsidenten das Ermessen zu nehmen, das ihm nach der jetzigen Fassung des Gesetzes noch zur Verfügung steht.

In den letzten Jahren hat sich Japan zum Hauptabnehmer für amerikanischen Eisen- und Stahlschrott entwickelt, an dessen Verwendung für Rüstungszwecke kein Zweifel besteht. Die Nachfrage war in diesem Frühjahr zeitweise so groß, daß es zu Verstopfungen an den amerikanischen Häfen kam und die Eisenbahnen es ablehnten, weitere Ladungen zum Versand an die Hafenerorte anzunehmen. Unabhängig voneinander bereiten nun drei verschiedene Mitglieder des Kongresses einen Gesetzentwurf vor, der die Schrottausfuhr bereits in Friedenszeiten von einer Genehmigung des Staates abhängig macht. Damit könnte der erste Schritt in der Richtung einer Ausgestaltung des bisherigen Neutralitätsrechtes der Vereinigten Staaten zu einem Kriegsverhütungsrecht getan werden.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Neue wirtschaftliche Einsichten. / Kritik am Vorschlag zu den Wirtschaftsartikeln der Bundesverfassung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die Maschinenfabrik Derrikon zusammen mit dem Vortrag aus der früheren Rechnung einen verfügbaren Gewinn von 2,172,656.76 Franken. Zum großen Teil stammte dieser Vorschlag aus dem Abwertungsgewinn. Nach den bisherigen Statuten hätten auf die 16 Millionen Aktienkapital 5% Dividende an die Aktionäre verteilt werden müssen, was besonders nach der langjährigen Ertragslosigkeit der Aktien gewiß zu verstehen gewesen wäre. Mit dem gewaltigen Mehr von 27,595 Ja gegen 2368